

Herr Gleß erläuterte zunächst noch einmal die Sitzungsvorlage.

Anschließend stellte Frau Ganteföhr den Bericht über die Erstellung eines Entwicklungskonzeptes für Freiräume und Grün im Stadtgebiet anhand eines Powerpointvortrages vor.

Protokollnotiz:

Die Folien des Vortrages sind der Niederschrift in ausgedruckter Form beigelegt.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion bedankte sich zunächst für den Vortrag. Sie fragte, wie das Handlungsprogramm im Anschluss aussehe. Beispielsweise hätten die Friedhöfe einen gewissen Flächenanteil. Sie interessiere, wie diese erfasst und anschließend in dem Handlungsprogramm berücksichtigt würden.

Weiterhin fragte sie, ob der Bauhof hinsichtlich der Pflege von Grünflächen, wie beispielsweise in Kreisverkehren, auf dieses Programm zurückgreifen könne.

Frau Ganteföhr antwortete, dass man heute noch nicht genau wisse, was in dem Handlungsprogramm stehe. Schließlich sei man noch am Anfang der Erstellung. Ziel sei jedoch die Möglichkeit zu schaffen, Pflegekonzepte zu erstellen. Dabei sollen sowohl der Bauhof als auch andere Bereiche der Verwaltung Zugriff auf dieses System erhalten.

Herr Kasper fügte ergänzend hinzu, dass es drei Arbeitsschritte gebe. Zunächst gehe es um die Bestandserfassung anhand von Datenblättern von Quantität und Qualität der Flächen. Darauf folge die Bedarfsanalyse. Diese beinhalte die Ermittlung der Bedarfe und Wünsche der Bevölkerung, aber auch die Berücksichtigung von Fachplanungen und Fachkonzepten, wie beispielsweise das Friedhofskonzept. Daraus resultierten dann in einem dritten Schritt jene Projekte, welche in themenorientierte Handlungsprogramme mündeten, wie beispielsweise hinsichtlich der Möblierung von Flächen, der Planung von Erlebnisbereichen oder der Erstellung von Handlungskonzepten für Kindergärten oder Sportbereiche.

Herr Willnecker von der FDP-Fraktion sagte, dass ihm das vorgestellte Konzept noch nicht ganz klar sei. Er fragte, in welcher der drei genannten Phasen man sich derzeit befinde und worüber genau heute entschieden werde.

Weiterhin fragte er, ob es wirklich realistisch sei, dass die Erstellung des Konzeptes ohne finanzielle Auswirkungen für die Stadt bleibe.

Der Ausschussvorsitzende schloss sich dieser Fragestellung dahingehend an, welche anderen Aufgaben des BNU hierfür eventuell zurückstehen müssten.

Herr Günther sagte namens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass man die Erstellung eines solchen Gesamtkonzeptes außerordentlich begrüße. Es gehe dabei nicht nur um Grünaspekte wie beispielsweise Artenvielfalt, sondern auch um die Nutzung, wie zum Beispiel für den Tourismus. Ihm gefalle auch der Gedanke, dass aus diesem Datenbestand heraus Beauftragungen hinsichtlich der Grünpflege generiert werden könnten.

Er rege an, das Konzept nicht analog zu bearbeiten, sondern direkt ins GIS

einzupflegen.

Weiterhin interessiere ihn, ob das Ökokonto in dieses Projekt integriert sei.

Herr Kourkoulos von der SPD-Fraktion bedankte sich zunächst für den Vortrag. Ihn habe zunächst der Begriff „Masterplan Natur“ irritiert, da die Natur für sich genommen schon einen Masterplan habe. Im Sinne von Kindern und Jugendlichen sei es aber manchmal auch wichtig, Brachflächen unverplant zu belassen, um diesen ein Stück weit die Qualität von Freiheit aufzuzeigen und zu erhalten.

Frau Feld-Wielpütz sagte, dass sie dem Ansinnen des Vortrages zum größten Teil zustimmen könne. Sicher gebe es einige Punkte, welche man im weiteren Vorgehen noch einmal genauer betrachten müsse. Es käme entscheidend darauf an, was sich in der Folge daraus entwickle und welcher Nutzen sich daraus sowohl für die Bürgerschaft als auch für die Stadt ergebe.

Es müsse jedoch auch eine Verknüpfung zu Jugendhilfeausschuss und Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss geben, da hier oft über Flächen wie Spielplätze oder Friedhöfe eingehend diskutiert werde. Sie gehe davon aus, dass sich das vorgestellte Konzept auf Parkflächen beschränke.

Der Ausschussvorsitzende bat um eine kurze Erläuterung seitens der Verwaltung, wie viele Arbeitstage für die Erstellung des Konzeptes eingeplant seien.

Herr Gleß führte aus, dass sich die Verwaltung die Zeit nehmen werde welche nötig sei, um das Projekt vernünftig abzuarbeiten. Einen Fertigstellungstermin habe man sich nicht gesetzt. Es käme nicht zuletzt auch darauf an, wie sich der Dialog mit der Politik und der Bürgerschaft gestalte. Derzeit sei man noch in der Phase der Bestandsaufnahme. Die unterschiedlichen betroffenen Ausschüsse würden auch beteiligt.

Er dankte Herrn Kourkoulos für dessen Beitrag. Ziel sei es, Flächen, welche durch Kinder und Jugendliche genutzt werden könnten, zu benennen. Ziel sei es aber auch, Räume zu benennen, welche man weiterhin in der Pflege haben wolle. Es solle eine Gesamtschau erstellt werden aus der hervorgehe, an welchen Stellen was möglich sei, um so Zielkonflikte auszuräumen.

Zum Personalaufwand sagte er, dass man sich im Vorfeld des Projektes eingehend mit dieser Frage beschäftigt habe. Auf der einen Seite gebe es die Möglichkeit einer externen Beauftragung, auf der anderen stehe die der Erstellung des Konzeptes mittels eigener Personalressourcen. Man sei mit bestem Wissen und Gewissen gemeinsam zu der Entscheidung gelangt, dass dies mit den eigenen MitarbeiterInnen zu bewerkstelligen sei. Viele der notwendigen Schritte für die Erstellung seien auch solche, welche ohnehin bereits abgearbeitet würden. So würden schon jetzt einzelfallbezogen Friedhöfe oder Kindergärten eingehender Untersuchungen unterzogen. Es gehe darum, für diese vielen Einzelfälle eine standardisierte Herangehensweise zu definieren. Er wisse auch, dass die MitarbeiterInnen äußerst motiviert an diesem Projekt arbeiteten, da es sich von dem sonstigen Tagesgeschäft abhebe.

Der Ausschussvorsitzende fragte noch einmal nach den Personalressourcen, welche für die Umsetzung dieses umfangreichen Projektes notwendig seien.

Herr Gleß sagte, dass man sicherlich eine Aufstellung anfertigen könne, aus welcher die einzelnen Arbeitsstunden hervorgingen. Hier stimme allerdings die Theorie nicht immer mit der Praxis überein. Er sei bislang immer davon ausgegangen, dass man versuchen sollte, solch wichtige Projekte möglichst mit eigenem Personal zu bearbeiten. Selbst wenn man hierfür einen Auftrag an ein externes Büro vergeben würde, was im Übrigen ebenfalls Kosten verursachen würde, müsste dieser vom eigenen Personal zumindest begleitet werden. Ein beauftragtes Büro sei zudem auf die Zuarbeit der MitarbeiterInnen der Stadt angewiesen.

Man könne sicherlich damit anfangen, zukünftig jede Verwaltungsvorlage sowie jede Beantwortung von Anfragen zeitlich zu bemessen. Dies hätte jedoch zur Folge, dass die Arbeit der Verwaltung konsequent bemessen werden müsste. Sicher kosteten Verwaltungsmitarbeiter auch Geld.

Der Ausschussvorsitzende ergänzte, dass das Thema „Ressourcendarstellung bei Beschlussempfehlungen“ bald auch im Unterausschuss „Haushaltskonsolidierung“ diskutiert werde. Er bedankte sich für das Angebot, dies einmal exemplarisch darzustellen.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagte, dass er die Gefahr einer übermäßigen Selbstverwaltung sehe, wenn sich jeder Mitarbeiter bei jedem Anruf zunächst überlegen müsse, welchem Projekt dieser zuzuordnen sei.

Es sei gut, eine Bestandsaufnahme zu fertigen und Strategien zu entwickeln, weil diese die Arbeit der Verwaltung auf Dauer vereinfachten und effizienter machten. Es gelte, die unterschiedlichen Freiräume und deren Rollen zu erfassen und zu bewerten, um daraus entsprechende Maßnahmen entwickeln zu können. Sicherlich könne anhand eines Zwischenberichts seitens der Verwaltung mitgeteilt werden, wie sich der Ressourcenverbrauch gestalte. Jedoch sei das Projekt ein zu wichtiges als es deswegen icht zu befürworten.

Herr Günther wies daraufhin, dass die Verwaltung auch die Möglichkeit habe, sich externes Wissen nahezu kostenfrei zu beschaffen, beispielsweise über die Naturschutzverbände oder den Verein „Umweltbildungszentrum Pleistalwerk“. Diese könnten über den Bereich „Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung“ eingebunden werden.

Frau Feld-Wielpütz sagte, dass man sich noch nicht sicher sei, was aus dem Handlungskonzept resultiere. Insofern sei die Frage des Ausschussvorsitzenden durchaus berechtigt. Vom Ansatz her halte ihre Fraktion das Konzept für gut. Sie halte es aber für legitim danach zu fragen, was damit auf die Stadt zukomme, zumal man sich offensichtlich noch ganz am Anfang befinde.

Herr Willnecker sagte, dass es ihm darum gehe, wie viele MitarbeiterInnen an diesem Konzept arbeiteten und wie der Zeitplan hierfür aussehe.

Bezüglich der Einbeziehung von Verbänden sagte er, dass er im Namen seiner Fraktion hiervor nur warnen könne. Diese mögen als gemeinnützig geführt sein. Jedoch vertreten diese auch in gewissem Sinne ein eigenes Interesse, nämlich die Nutzung der Natur, jedoch im Zweifel gegen die Interessen des Menschen. Dies halte er nicht für vereinbar bei der Abwägung der unterschiedlichen Zwecke.

Herr Gleß kündigte an, dass die Verwaltung eine Projektskizze anfertige, welche die unterschiedlichen Meilensteine sowie eine Zeitschiene darstelle. Diese würde auch beinhalten, welche MitarbeiterInnen sich wie lange mit diesem Projekt beschäftigten. Sobald diese Skizze fertig sei, würde er diese dem Ausschuss zur Kenntnis geben.

Herr Metz gab zu bedenken, dass dann in Zukunft bei jedem Projekt so verfahren werden müsse.

Der Ausschussvorsitzende gab zu bedenken, dass dieser Projektplan keinerlei Auswirkungen auf den heutigen Beschluss habe. Vielmehr könne die Verwaltung anhand dessen feststellen, wie aufwändig die Erstellung einer solchen Skizze sei. So habe der Unterausschuss „Haushaltskonsolidierung“ auch einen ersten Erfahrungswert für seine Beratungen hinsichtlich der Erstellung solcher Kostenanalysen.

Frau Feld-Wielpütz sagte, dass diese Planskizze nicht nur die Kosten, sondern auch den zu erwartenden Nutzen für die Stadt ausweisen müsse.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.